

Veranstaltungsangebote für Regionalgruppen

Dies ist eine – auf vielfachen Wunsch von Attac-Regionalgruppen erstellte – Liste von acht aktuellen Veranstaltungsangeboten aus verschiedenen bundesweiten Attac-Arbeitszusammenhängen. Die Veranstaltungen werden jeweils von Referent_inn_en aus den entsprechenden AGs durchgeführt. Das Honorar handeln sie direkt mit den Gruppen aus (ggf. können Zuschüsse aus dem Regionalgruppentopf beantragt werden). Im Bundesbüro gibt es Vorlagen für Flyer, Plakate und Presseeinladungen.

Wer Interesse an einer solchen Veranstaltung hat, melde sich bitte mit 2-3 Terminoptionen und entsprechendem zeitlichen Vorlauf bei (regionalgruppen@attac.de) im Attac-Bundesbüro.

Unabhängig von diesen konkreten Angeboten können natürlich auch weiterhin Anfragen an die Referent_inn_en-Vermittlung im Büro (veranstaltungen@attac.de), oder direkt an die bundesweiten AGs (<http://www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/bundesweite-ags/>) gestellt werden.



Kommunen in Not! Warum den Städten das Geld ausgeht und was wir dagegen tun können

Von Jahr zu Jahr steigen die Schulden von immer mehr Städten und Gemeinden. Schuld daran sind in der Regel nicht verschwendungssüchtige Gemeinderäte, sondern steigende kommunale Aufgaben und sinkende Steuereinnahmen. Wo genau liegen die Ursachen für die steigenden Schulden der Städte und Gemeinden? Was wäre zu tun, um sie aus dieser schier ausweglosen Lage zu befreien? Die Veranstaltung widmet sich diesen Fragen und gibt Anregungen Attac-Gruppen in die entsprechenden Auseinandersetzungen eingreifen können.

Die Finanztransaktionssteuer Steuer gegen Armut, Hunger und für die Umwelt

Die Forderung nach Einführung einer Finanztransaktionssteuer steht am Anfang von Attac. Übersetzt steht der ursprünglich französische Name für 'Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen zum Wohl der Bürger' (FUSSNOTE). Die Chance, die Gründungsforderung von Attac, eine Besteuerung der Transaktionen auf den Finanzmärkten durchzusetzen, war noch nie so groß wie jetzt in der Finanz- und Schuldenkrise.

Die Kampagne "Steuer gegen Armut" in der Kirchen, Gewerkschaften, NGOs und Attac vereint handeln, hat die Forderung in Deutschland sehr populär gemacht und dazu beigetragen, dass sie von der Politik bis hin zur Bundesregierung aufgegriffen wird. Aber natürlich gibt es immer noch großen Widerstand der Finanzindustrie und einigen europäischen Regierungen. Deshalb muss unser Druck national und international aufrecht erhalten werden, bis die Steuer eingeführt ist.

FUSSNOTE: ("A-ssociation pour une T-axation des T-ransactions financières pour l'-A-ide aux C-itoyens", ATTAC)

Wer geht Putzen und wer wird Millionär?! **Eine andere Ökonomie muss geschlechtergerecht sein!**

Was Geschlechterverhältnisse und ökonomische Globalisierung miteinander zu tun? Das ist die zentrale Frage, der sich die Veranstaltung in zwei Schritten widmet.

Erstens geht es um die Auswirkungen globaler ökonomischer Prozesse auf die Geschlechterverhältnisse: Welche Folgen hat zum Beispiel die gegenwärtige Finanzmarktarchitektur auf Geschlechterverhältnisse vor Ort und global? Wer profitiert von der Wirtschaftskrisenpolitik der nationalen Regierungen und wer nicht? Für wen bedeutet mehr Wirtschaftswachstum mehr Geld?

Die Analyse zeigt: Globalisierung hat ein Geschlecht. Globalisierungskritische Bewegungen aber auch! Deshalb soll es im zweiten Schritt um Alternativen gehen: Um alternative geschlechtersensible, feministische oder queere Sichtweisen auf Ökonomie. Und um Ideen, Utopien und gelebte Alternativen, die eine andere geschlechtergerechte Ökonomie möglich machen.

Europas Rohstoffraub **Im Rohstofffrausch auf Rohstoffraub**

Mit der 'Rohstoffinitiative 2011' will die EU den europäischen Konzernen und Investoren unbegrenzten Zugang zu strategischen Rohstoffen der Länder des globalen Südens verschaffen, während ökologische, soziale, politische sowie entwicklungsbezogene Belange kaum Beachtung finden. Die Länder des Südens werden von der EU massiv gedrängt, Exportsteuern für Rohstoffe zu verbieten und Regeln für ausländische Direktinvestitionen zu lockern, Entwicklungshilfe wird vom Zugang zu Rohstoffen abhängig gemacht und selbst militärische Einsätze in Förderländern sind eingeplant, um den Zugriff auf Rohstoffen zu garantieren.

Es gilt Druck zu machen für eine alternative Rohstoffstrategie der EU: Nämlich die drastische Verringerung des übermäßigen Ressourcenverbrauchs in Europa und die Förderung eines gerechten globalen Systems zur nachhaltigen Nutzung der weltweiten Ressourcen, das den Ländern des Südens ermöglicht ihre wirtschaftliche und soziale Situation zu verbessern.

Jenseits des Wachstums?! **Der Weg zu einer solidarischen Postwachstumsökonomie**

Wirtschaftswachstum gilt als Grundlage des materiellen Wohlstands in den Industriestaaten. Verbunden damit ist jedoch die Ausbeutung von Menschen und Ressourcen. Natürliche Ressourcen wie Erdöl und Wasser werden knapp, der durch die Industriestaaten verursachte Klimawandel zerstört weltweit die Lebensräume vieler Menschen.

Woher kommt der kapitalistische Wachstumsfetischismus? Wie hängen Wachstum und die globale soziale und ökonomische Ungleichheit zusammen? Ist Wachstum per se schlecht oder kann es auch nachhaltiges ("grünes") Wachstum geben? Was wären Alternativen zum Wachstum? Um diese Fragen soll es auf der Veranstaltung gehen.

Gegen die Widrigkeiten des (Arbeits-)Lebens hilft ein Grundeinkommen!

Befristete Verträge oder Leiharbeit, immer weniger öffentliche Daseinsvorsorge, schlecht bezahlte oder gar keine Arbeitsplätze, Arbeitshetze oder Ärger und Entwürdigung auf der ArGe - irgendetwas davon betrifft inzwischen fast alle. Dabei geht es der Wirtschaft nach dem verkündeten Ende der Krise angeblich wieder gut. Trotzdem wird gespart und soziale Sicherheit abgebaut.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte das ändern. Die Menschen hätten eine Chance, nein zu sagen zu unerträglichen Arbeitsbedingungen. Sie könnten tun, was sie wirklich gerne wollen und wirklich gut können. Aber nicht alles, was sich Grundeinkommen oder Bürgergeld nennt, hat auch einen emanzipatorischen Inhalt. Nicht nur in CDU und FDP werden Vorschläge diskutiert, die weniger und nicht mehr soziale Sicherheit bringen würden. Es gilt also, genau hinzuschauen auf die konkreten Schritte.

Europa am Scheideweg Radikalisierte Neoliberalismus oder Solidarische Gemeinschaft

Die zweite Phase der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ist in Europa eine tiefe Schuldenkrise. Nachdem zahlreiche Banken gerettet und Konjunkturpakete geschnürt wurden, sind einige EU-Mitgliedsstaaten so hoch verschuldet, dass die Zahlungsunfähigkeit möglich scheint. Die Folge sind spekulative Attacken, die die Lage noch weiter verschlimmern.

Durch Sparpakete und Reformen der EU-Statute werden die Kosten der Krise nun nach unten abgewälzt. Während viele Menschen in Griechenland nicht mehr wissen, von was sie leben sollen, verdienen große Konzerne - nicht zuletzt aus Deutschland - traumhafte Renditen mit Privatisierungen, PPP-Projekten, Zinsen und Bankgebühren. In der Veranstaltung werden konkrete Alternativen zu dieser Entwicklung vorgestellt, denn in der aktuellen Krise geht es um nicht weniger als um die Zukunft Europas: Noch mehr Neoliberalismus oder Solidarität?

Die Bankwechsellparty der Kampagne "Krötenwanderung – Bank wechseln, Politik verändern"

Attac lädt ein zu einem Abend mit Musik und politischer Information. Was machen die Banken eigentlich mit unserem Geld? Welche Banken machen die meisten Rüstungs- und Atomgeschäfte und verdienen noch am Hunger in der Welt? Welche Banken ließen sich mit Steuermilliarden retten und betreiben heute die meisten Geschäfte in sogenannten Schattenfinanzplätzen, die hohe Milliardensummen den öffentlichen Kassen vorenthalten und gleichzeitig die Brutstätten neuer Finanzkrisen sind? Welche Politikbeeinflussung treiben die Banken?

Auf der Bankwechsellparty werden auch die Alternativen vorgestellt: Attac schlägt vor, den schädlichsten Großbanken ganz bewusst den Rücken zu kehren. Es gibt Banken, die nach strengen ethischen Kriterien arbeiten. Und es gibt Chancen, Sparkassen und Genossenschaftsbanken unter Druck zu setzen, damit sich bei denen, die Gewinnmaximierung nicht als oberstes Ziel haben, etwas ändert.